Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 270. Dienstag, 18. November 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 34 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzigige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe" — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das letzte Stadium im Wahlkampf.

BVD. Der Wahlkampf ist nunmehr in sein letztes entscheidendes Stadium eingetreten. Mit dem volksparteilichen Parteitag in Dortmund ist der programmatische Aufmarsch der Parteien beendet, sodaß die Führer der Parteien nur noch die letzte Parole auszugeben brauchen, um die Stoßkraft ihrer Wahlpropaganda gegen die gegnerischen Kräfte ins Feld zu führen. Es fällt allgemein auf, daß diesmal die großen Wahlvorbereitungen mit großer Zurückhaltung und Sachlichkeit geführt werden, und daß die letzten Auseinandersetzungen, die man zunächst erwartet hatte, noch nicht eingetreten sind. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß man in den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen schon jetzt mit einer erheblichen Verschiebung der parlamentarischen Konstellation rechnet und daß der Ausgang der diesmaligen Reichstagswahlen einen glatten Sieg der Reichsregierung darstellen wird.

Die letzten Reden, die **Außenminister Dr. Stresemann** gehalten hat, trugen ausschließlich parteipolitischen Charakter. Man hat daher den Eindruck, daß die starken Wirkungen seiner ersten Dortmunder Rede, die der Außenpolitik gewidmet war, ein wenig abgeschwächt worden sind. Dies geht jedenfalls aus der Tatsache hervor, daß die Gegner Dr. Stresemanns im **demokratischen Lager** bemüht sind, den Außenminister als einen widerspruchsvollen Charakter hinzustellen, der als Staatsmann die Lage richtig gekennzeichnet habe, aber als Parteiführer den Stimmungsmomenten seiner Partei unterlegen wäre. Dadurch tritt die Persönlichkeit Dr. Stresemanns wieder in den Vordergrund der Auseinandersetzungen, aber es ist ganz unverkennbar, daß seine staatsmännischen Fähigkeiten auch im Lager seiner Gegner rückhaltlos anerkannt werden.

Im **Zentrum** konzentrieren sich die Kräfte auf die Herbeiführung eines Wahlsieges der Regierung. Die gesamte Wahlagitation der Zentrumspartei ist darauf eingestellt, die bisherige Regierungspolitik zu verteidigen, für die Reichsverfassung einzutreten und die Farben Schwarz-rot-gold vor den Angriffen ihrer Gegner zu schützen. Wie uns hierzu aus führenden Zentrumskreisen mitgeteilt wird, will die Partei damit ihren Charakter als verfassungstreue und staatserhaltende politische Organisation kennzeichnen und sich der Notwendigkeit entheben, sich auf einen parteipolitischen Kampf mit den Deutschnationalen einzulassen. Auch das Auftreten des Reichskanzlers Dr. Marx im Wahlkampf gilt allein der Politik der Mitte, um deren Schicksal der diesmalige Wahlkampf ausgefochten werden wird. Diese Politik setzt nach außen einen Kurs der Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen, der Festigung des deutschen Einflusses auf die europäische Politik und die Anknüpfung reger Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande voraus. Im Innern strebt die Koalition der Mitte nach den Richtlinien, die Reichskanzler Dr. Marx neuerdings an die Politiker des Zentrums ausgegeben hat, die Schaffung einer parlamentarischen Regierungsmehrheit an, mit deren Hilfe das künftige Reichskabinett in die Lage versetzt werden soll, die notwendigen Reformwerke sicherzustellen und die Reichspolitik aus dem Fahrwasser der inneren Kämpfe herauszuführen.

Im **deutschnationalen Lager** macht sich neuerdings das Bestreben bemerkbar, die Stoßkraft der Partei im Wahlkampfe einzig und allein auf die innenpolitischen Probleme zu konzentrieren. Nachdem die außenpolitische Lage immerhin erheblich stabilisiert werden konnte, arbeitet die Deutschnationale Partei darauf hin, grundsätzliche innenpolitische Fragen aufzurollen, die sich, wie beispielsweise die Aufwertungsfrage, mit den Interessen bestimmter Wirtschaftsgruppen decken, und die im allgemeinen im Rahmen der bisherigen deutschnationalen Politik liegen.

Was will Frankreich?

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind auf Schwierigkeiten gestoßen, die nicht nötig gewesen wären, wenn in Frankreich ebenso wie in Deutschland der ehrliche Wille zur Verständigung in den wirtschaftlichen Beziehungen vorhanden wäre. Frankreich hat die **26prozentige Exportabgabe** in die Verhandlungen als Streitpunkt hineingeworfen, die nach deutscher Auffassung aus diesen Verhandlungen ferngehalten werden sollte, weil es sich dabei um eine reine Reparations-Angelegenheit handelt, die mit den sonstigen Handelsbeziehungen nichts zu tun hat. Nicht, als ob Deutschland Frankreich das Recht zu einer Reparationsabgabe bestreiten wolle, das Frankreich angeblich für sich in Anspruch nehmen müsse. Vielmehr ist es die Absicht Deutschlands, die Auswirkungen dieser Forderung auf die Handelsbeziehungen, die durch die mit der Exportabgabe verbundenen Chikanen, Belästigungen, Gebühren und namentlich dadurch entstehen, daß der Handel sich von den Regierungen in seine Beziehungen hineinziehen lassen muß, abzuwehren. Denn dadurch würde der deutsche Export nach Frankreich ungünstiger gestellt werden als der englische und amerikanische Export nach Frankreich. In den Handelsvertragsverhandlungen hat Deutschland ursprünglich die Meistbegünstigung verlangt, die Frankreich aber nicht zugestehen wollte. Frankreich wollte lediglich über die allgemeinen Tarifabmachungen verhandeln. Deutschland hat schließlich, wie verlautet, in diesem Punkte nachgegeben und auf die Meistbegünstigung de jure verzichtet, verlangt aber, daß die Meistbegünstigung de facto in den Verhandlungen erzielt werde. In diesem Stadium der Verhandlungen erst kam Frankreich mit seiner Forderung der 26prozentigen Exportabgabe hervor und entzog damit Deutschland die schon verabredete Basis der Meistbegünstigung de facto. Was Frankreich damit wirklich beabsichtigt, geht unzweideutig aus verschiedenen Aeußerungen der französischen Presse hervor. Diese Aeußerungen geben offen zu, daß Frankreich die Exportabgabe zu seinem Druckmittel gegen Deutschland in den Vertragsverhandlungen machen will. Durch diese Verquickung beider nach deutscher Auffassung nicht zusammenhängender Fragen, der Exportabgabe und der Vertragsverhandlungen, fällt Frankreich die Verantwortung dafür zu, daß die Herstellung freundschaftlicher wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf Hindernisse gestoßen ist.

Das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz betr. den **Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen** sind gestern zum Abschluß gelangt.

Das **Abkommen** wurde um 10 Uhr vormittags im Auswärtigen Amt von den Leitern der Delegationen, deutscherseits von dem Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Köpke, schweizerischerseits von dem hiesigen schweizerischen Gesandten Dr. Rüfenacht und dem Leiter der Handelsabteilung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements Dr. Wetter **unterzeichnet.** Es bedarf noch der Genehmigung durch die beiden Regierungen und wird 14 Tage nach gegenseitiger Ratifizierung der Genehmigung in Kraft treten.

Die Regieeisenbahn.

Endlich, nach gut 1½ Jahren, ist **das Eisenbahnnetz des Ruhrgebietes wieder deutsch.** Für Frankreich war es nach der Ruhrbesetzung eine Notwendigkeit, auch den Eisenbahnverkehr in die Hände zu bekommen. Sonst wäre von vornherein die Besetzung und Ausbeute illusorisch gewesen. Dies ging natürlich nicht ohne weiteres. **Denn** hier hatte Deutschland seine wirksamste Waffe gegen den räuberischen Einfall; und man mußte diese Waffe zu gebrauchen. Die Eisenbahndirektion siedelte sofort von Essen nach Hamm, um sich den Eingriffen der Franzosen zu entziehen. Sie ist jetzt erst nach Dortmund zurückgekehrt. Frankreich setzte alles daran, die Eisenbahn in seine Hand zu bekommen. Durch schikanöse Kontrollen wurde jeder geregelte Betrieb unmöglich gemacht. Besonders scharf war man natürlich auf Kohlentransporte. Am 19. Januar erließ das Reichsverkehrsministerium eine Verordnung, die den deutschen Eisenbahnern das Zusammenarbeiten mit den französischen Truppen untersagte. Später wurde diese Verordnung auch auf das altbesetzte Gebiet ausgedehnt. Nun mußte sich Frankreich allein helfen. Es tat dies auch mit zweifelhaftem Erfolge. Die Zeit der Regie begann am 1. April, nachdem eine Aufforderung des Generals Degoutte an die deutschen Eisenbahner, die Arbeit wieder aufzunehmen, vollkommen erfolglos war, denn jeder Deutsche wußte, worum es ging. Tausende trugen geduldig ihr Schicksal und ließen sich opferbereit von Haus und Hof verjagen.

Die **Regiewirtschaft** hatte nun **Katastrophen über Katastrophen** im Gefolge. **Das deutsche Material wurde restlos in Grund und Boden gefahren.** Die alte französische Praxis der Eisenbahnunfälle wurde auch hier — sogar noch verstärkt — durchgeführt. Von dem furchtbaren Unglück von Friemersheim bis zu dem kürzlichen Unglück im Mainzer Tunnel — sie alle sind auf das Konto der Regie zu setzen. Eine Schlamperei sondergleichen begann. Nach französischen Anschauungen war ja die ganze deutsche Eisenbahn „verkehrt". Stellwerke und Signalanlagen mit ihrem feinen Mechanismus waren für die Herren Franzosen nicht leicht.

Und dann kam die Stunde, wo deutsche Eisenbahner sich wieder zum Dienst melden mußten — bei den Franzosen, da es die große Politik so wollte. Für Hungerlöhne arbeiteten die deutschen Eisenbahnbeamten unter landfremden Vorgesetzten.

Nun endlich **verschwindet die Regie;** 5300 km Eisenbahnnetz kehren zurück in deutsche Verwaltung. Ordnung, Zucht und Sauberkeit halten langsam wieder ihren Einzug. Fast 1½ Milliarden Goldmark beträgt der Ausfall an Einnahmen für die deutsche Reichsbahn und 800 Millionen Goldmark erfordert die Restaurierung. Aber ein Glied der Kette um Deutschland ist zersprungen. Bald werden auch die anderen verschwinden. Eine Zeit furchtbaren Kampfes hat damit ihr Ende erreicht.

Immer wieder republikanische Landesverräter.

Ein linksdemokratisches Berliner Blatt bringt die unerhörte Denunziation an die Entente, daß in den **Dresdner Kasernen neuerdings wieder Zeitfreiwillige ausgebildet** würden. Unter den Ausgebildeten befindet sich auch ein Student, der namentlich bezeichnet wird. Der Republikanische Reichsbund Dresden sei wegen dieser Dinge bei den zuständigen Stellen vorstellig geworden. Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle, daß sich bei den Dresdner Reichswehrregimentern nicht ein einziger Mann befindet, der nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen eingestellt ist. **Die Meldung sei vollkommen erlogen.** Die Entente, insbesondere Frankreich, die fortgesetzt auf Versuche nach „neuen Beweisen" für Deutschlands heimliche Rüstungen und für die Nichtinnehaltung der Friedensvertragsbestimmungen ist, hat hier durch die gemeingefährliche Art der Berichterstatter dieses Blattes wieder Wasser auf ihre Mühlen bekommen. Soweit wir unterrichtet sind, wird **gegen die Urheber dieser Lügenmeldung strafrechtlich vorgegangen.**

Die Regierungskrise in Oesterreich.

Dr. Seipel lehnt ab.

)(Wien. Wie in parlamentarischen Kreisen bekannt wird, hat in der gestrigen Sitzung der Christlich-Sozialen Partei Bundeskanzler **Dr. Seipel** ein Schreiben an den Präsidenten Miklas verlesen, worin er den **Auftrag, die neue Regierung zu bilden, zurückgibt.** Wie verlautet, habe Bundeskanzler Dr. Seipel den Eindruck gewonnen, daß die Mehrheit des Vorstandes der Christlich-Sozialen Partei für den Standpunkt der Landeshauptleute eingenommen sei. Er habe daraus die Konsequenzen gezogen und die Wiederübernahme der Regierung abgelehnt. Dr. Seipel habe als Nachfolger den Salzburger Abg. Dr. Ramek, der bereits in einem früheren Kabinett Justizminister war, empfohlen.

Das Schreiben Dr. Seipels.

)(Wien. Der **Bundeskanzler Dr. Seipel** hat gestern abend an den Präsidenten des Nationalrates, der gleichzeitig Obmann des Hauptausschusses ist, nachstehendes Schreiben gerichtet. Aus den Besprechungen mit den Vertretern der politischen Parteien und der Länderregierungen, die ich seit meiner Designierung zum Bundeskanzler durchführte, habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die Mehrheitsparteien und die ihnen angehörenden Mitglieder der Länderregierungen unverbrüchlich an der auf die Sanierung des Staatshaushaltes und die Wiederaufrichtung der Wirtschaft gerichteten Politik festhalten. Dagegen konnte ich mir nicht die Gewißheit verschaffen, daß alle von mir und meinen Mitarbeitern für die raische Beendigung des Sanierungswerkes als notwendig erachteten Einzelmaßnahmen eine den Erfordernissen des Augenblicks entsprechende Förderung durch alle für die öffentlichen Angelegenheiten verantwortlichen Faktoren ohne Unterschied der Parteien innerhalb oder außerhalb der parlamentarischen Körperschaften finden. Die Erwartung, daß das große Ziel sicherer erreicht werden wird, wenn die Führung der Staatsgeschäfte jetzt an eine andere Persönlichkeit übergeht, veranlaßt mich, die Betrauung mit der Neubildung der Regierung in die Hände des Hauptausschusses niederzulegen. Dabei leitet mich auch die Rücksicht auf die durch meine starke Verwundung geminderte persönliche Leistungsfähigkeit. — Von diesem Schritt hat Dr. Seipel im Laufe des Vormittags die Obmänner der Mehrheitsparteien, am Nachmittag den Abgeordneten Seitz als Obmann des sozialdemokratischen Verbandes unterrichtet.

Dr. Seipels Nachfolger?

)(Wien. Wie die Politische Korrespondenz mitteilt, ist der von Dr. Seipel als sein Nachfolger empfohlene gewesene **Minister Dr. Rudolf Ramek** bereits von der Christlich-Sozialen Partei mit den Vorarbeiten für die Regierungsbildung betraut worden. Die bisherigen Minister wurden von Dr. Seipel ersucht, einer event. Wiederberufung Folge zu leisten. Finanzminister Kienböck wird jedoch dem neuen Kabinett nicht angehören. Dr. Seipel wird sofort die Obliegenheiten des Obmanns der Christlich-Sozialen Partei wieder übernehmen.

Weitere bürgerliche Zersplitterung.

Zu den bereits bestehenden oder neu gegründeten Splitterparteien, wollen allem Anschein nach in Sachsen noch zwei weitere treten. Die Mitglieder des **Plauener Spar- und Hypothekengläubiger-Schutzverbandes** haben die Aufstellung einer eigenen Reichstagskandidatenliste beschlossen. Sie wollen ihre Liste mit der Deutsch-Sozialen Partei des Herrn Knüppel-Kunze verbinden, die in Ostsachsen, wie in den meisten anderen Wahlkreisen, nur wenige Tausend Stimmen aufbrachte und die auch nicht die bescheidenste Aussicht auf irgendwelchen parlamentarischen Erfolg hat. Andererseits beabsichtigen auch die **Mietervereine** zur bevorstehenden Reichstagswahl **mit eigenen Listen** herauszukommen. In beiden Fällen sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt, doch wird allen Ernstes daran gearbeitet, solche Listen rechtzeitig herauszubringen. Es ist immer dasselbe klägliche Schauspiel, das sich seit einiger Zeit bei den Wahlen wiederholt. Einzelne ehrgeizige Leute, die unbedingt den Beruf des Politikers in sich fühlen, spannen ihre Organisationen ein mit dem Erfolge, daß die Zersplitterung und damit der Ausfall an bürgerlichen Stimmen immer größer wird. Die Sozialdemokratie kann sich tatsächlich keine besseren Wahlhelfer wünschen. Es ist bei diesen kleinen Gruppen, wie bei der Wirtschaftspartei als sicher anzunehmen, daß die wenigen Abgeordn., die vielleicht gewählt werden könnten — woran wir noch zweifeln im Reichstage überhaupt keinen Einfluß auf den Gang der Dinge auszuüben vermögen. Das kann naturgemäß nur geschehen bei den großen Parteien, die selbständige Fraktionen bilden und Vertreter in die Ausschüsse, wo die Hauptarbeit geleistet wird, entsenden können. Noch ist es Zeit, daß diese Splitterparteien von ihrem Vorhaben abstehen zum Nutzen ihrer eigenen Sache, die viel nachdrücklicher durch die großen Parteien vertreten werden kann.

Schwere Kämpfe in Spanien.

London. Die „Morning Post" meldet von der spanischen Grenze: Die Aufständischen haben am Sonnabend Almeria und Cordoba besetzt. Die Regierungstruppen haben Cordoba Sonntag nacht zurückgewonnen. Um Almeria wurde noch gekämpft. Die „Times" melden von der spanischen Grenze: Ein Dekret der Regierung verbietet Waffenverkäufe und Waffeneinfuhr unter Androhung der Todesstrafe.

SLUB
Wir führen Wissen.